

# Brühler Zeitung

Brühler Lokalanzeiger — Brühler Stadtanzeiger — Brühler Volkszeitung

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postfachkonto Köln 12742 — — — — — Fernsprecher 2108

Bezugspreis Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1.60 Mk. einschl. Trägerlohn. Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Störungen infolge höherer Gewalt oder Auslande rechtfertigen keine Entschädigung.

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 10 Pf. Kleinanzeigen 50 Pf. Offertengeld und Auskunftsgebühr 50 Pf. — Beilagen pro Tausend 15 Mark. — Bei zwangsweiser Verbreitung oder Konturs in jeder Abzahl hinfällig. — Plakatschriften unverbindlich.

Beilagen: Der Familienfreund \* Sport \* Aus der Welt der Frau \* Der praktische Landwirt \* Der Erzähler \* Der Mittelstand \* Sonntagsfreude \* Rundfunk

Nr. 28

Donnerstag, 4. Februar 1932

35. Jahrgang

## 105 300 Einzeichnungen

Im Berlin, 3. Febr. Wie der Hindenburgauschuß mitteilt, haben bis Mittwoch 23 Uhr von 191 Zeitungen 72 das vorläufige Ergebnis des ersten Einzeichnungstages für die Volkswahl Hindenburgs mitgeteilt. Danach betrage die Gesamtzahl der Einzeichnungen im Reich 105 300, davon in Berlin 28 400.

## Die Auslegungsfrist für die Listen des Hindenburgauschusses verlängert

Im Berlin, 3. Febr. Der Hindenburgauschuß teilt mit: Die Nachrichten aus allen Teilen des Reiches lassen erkennen, daß die formell erforderliche Zahl von 20 000 Einzeichnungen bereits am ersten Tage um ein Vielfaches überschritten wurde. Der Hindenburgauschuß ist von allen Seiten gebeten worden, sich mit der Erreichung der formellen Voraussetzungen nicht zu begnügen, sondern die Listen weiter ausliefern zu lassen, um allen Bevölkerungsteilen Gelegenheit zu einer möglichst vollen Kundgebung für den Reichspräsidenten von Hindenburg zu geben. Dementsprechend werden die Listen noch etwa zehn Tage ausliegen.

## Der Christlich-Soziale Volksdienst an Hindenburg

Im Berlin, 3. Febr. Die Reichsleitung des Christlich-Sozialen Volksdienstes hat an den Reichspräsidenten von Hindenburg nachstehendes Telegramm gerichtet:

„An unwandelbarer Treue, in klarer Erkenntnis dessen, was unserem Volke in dem Entscheidungskampf um seinen Bestand und seine Zukunft Not tut und in dem festen Willen, bei der Wahl des Reichspräsidenten alle Kraft für die Wiederwahl Ew. Excellenz einzusetzen, bittet die Reichsleitung des Christlich-Sozialen Volksdienstes im Namen der hinter ihr stehenden Bewegung Ew. Excellenz sich dem Ruf des deutschen Volkes nicht zu veragen.“

## Kommunistische Verleumdungsversuche bei der Reichsmehr

Mehrere Personen verhaftet

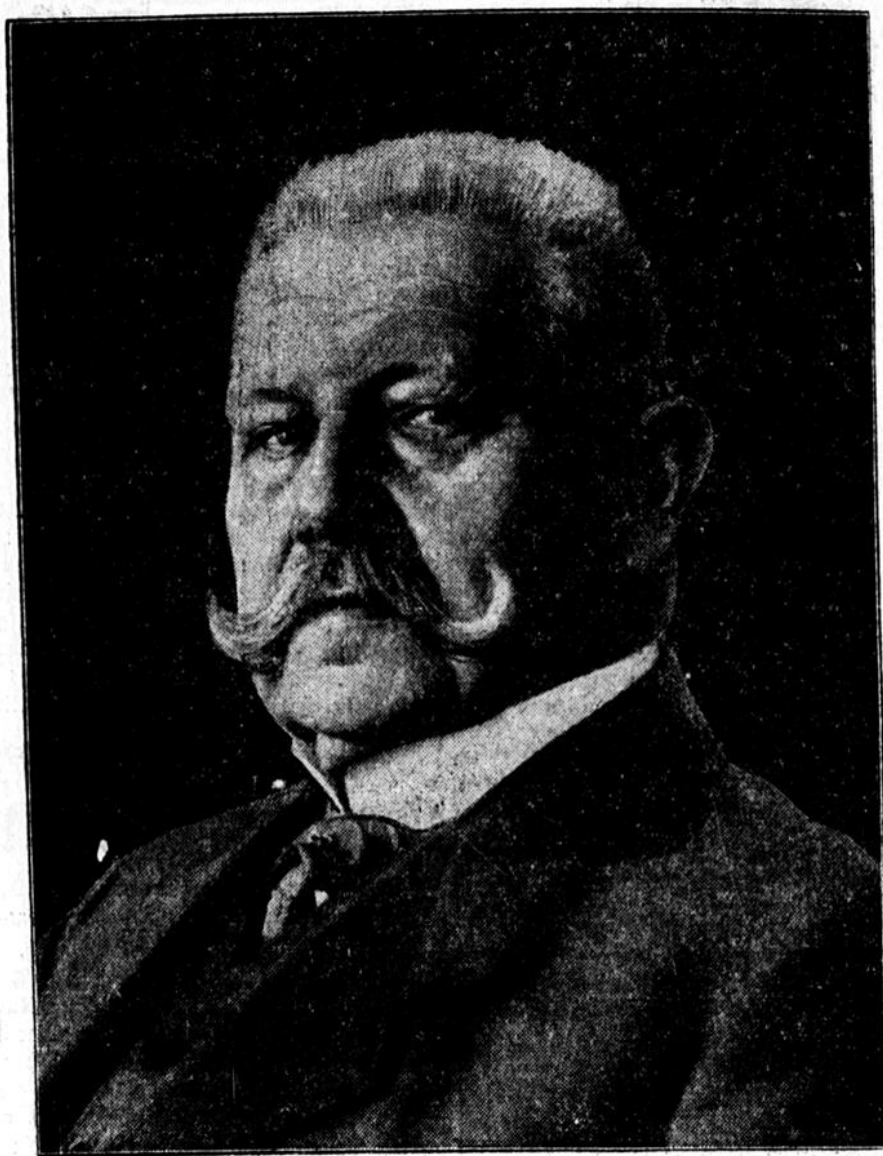
Im Berlin, 3. Febr. Der Polizeipräsident teilt mit: Am 20. Januar 1932 wurde in Berlin-Falkenberg eine Reihe von Personen festgenommen, die in dem dringenden Verdacht standen, die Verlegung der Reichsmehr in Eisingen im Auftrage der KPD zu betreiben. Bei den Durchsuchungen wurde umfangreiches kommunistisches Verleumdungsmaterial bei einem der Beschuldigten und außerdem drei Pistolen, Munition, ein Maschinengewehrgehäuse, Handgranatentöpfe und Zündkerzen gefunden. Die Festnahme eines der Täter gelang gerade in dem Augenblick, als er in einem Kaffee in Berlin mit einem Reichswehrangehörigen saß und versuchte, von diesem über militärische Dinge etwas zu erfahren. Die von ihm hierüber gemachten Notizen hatte er vor sich liegen.

## Bürgersteuer bei Kurzarbeitern Beseitigung von Härten

Im Berlin, 3. Febr. Personen, die im Jahre 1930 einkommensteuerfrei waren, haben nach der bestehenden Rechtslage nur die halbe Bürgersteuer zu entrichten. Diese Vorschrift wirkt sich für die große Zahl der Kurzarbeiter, die im Jahre 1930 noch einen, die Lohnsteuerfreigrenze übersteigenden Lohn gehabt hatten und von denen daher jetzt in der Steuerkarte die volle Bürgersteuer angefordert werden mußte, besonders hart aus.

Der Reichsminister der Finanzen hat daher zur Beseitigung dieser Härten dem Reichsrat den Entwurf einer neuen Verordnung vorgelegt. Hiernach hat der Arbeitgeber bei solchen Arbeitnehmern, für die wegen des Nichtüberstreichens der Lohnsteuerfreigrenze am Fälligkeitstage der Bürgersteuer Lohnsteuer nicht einbehalten ist, statt der vollen nur die Hälfte der in der Steuerkarte angeforderten Bürgersteuerrate einzubehalten. Dies gilt natürlich nicht für diejenigen Fälle, in denen bereits wegen Einkommensteuerfreiheit im Jahre 1930 auf der Steuerkarte nur der halbe Bürgersteuerbetrag angefordert ist.

Diese Erleichterung soll, wenn der Reichsrat zustimmt, bereits für die Bürgersteuerrate gelten, die am 10. Februar 1932 fällig wird.



## Deutscher! Für diesen deutschen Mann Deine Unterschrift!

Jeder Wahlfähige, der für den Volkspräsidenten Hindenburg ist, gibt seinen Namen her! Schreib Dich sofort in die Hindenburg - Liste ein!

## Amerika kündigt schärfsten Protest an

Im Berlin, 4. Febr. Im Staatsdepartement wird nach einer Meldung Berliner Blätter aus Washington angeführt der unannehmlichen Haltung Japans die Lage in Shanghai, als äußerst bedrohlich bezeichnet. Es wurde darauf hingewiesen, daß japanische Soldaten in die amerikanische Zone eingedrungen seien. Somit bestehe die Gefahr von Zusammenstößen zwischen amerikanischen und japanischen Kartoullen. Ferner seien sowohl Leben und Eigentum der amerikanischen Bürger als auch die dort verankerten amerikanischen Kriegsschiffe durch das Bombardement der japanischen Kriegsschiffe gefährdet. Dem Friedensvorschlag vom Dienstag werde eine sehr scharfe Protestnote folgen und man werde energisch an eine umgehende Einstellung der japanischen Feuerfähigkeit drängen.

## Japan will die Mandchureifrage aus den Verhandlungen ausschalten

Im Tokio, 3. Febr. Wie amtlich mitgeteilt wird, lehnt Japan diejenige englisch-amerikanische Forderung unbedingt ab, die die Regelung aller schwebenden Fragen im Geiste des Kellogg-Paktes verlangt. Außenminister Ishihara erklärte, daß diese Forderung völlig unannehmbar sei, da sie sich vermutlich auch auf die Mandchurei beziehe. Wie verlautet, werden die Japaner unter gewissen Bedingungen die übrigen vier Punkte der in Tokio überreichten Note annehmen. Allerdings wird

sich Japan voraussichtlich das Recht vorbehalten, alle Nationalitäten in Shanghai durch seine Truppen zu schützen.

## Die Befehung Charbins

Im Tokio, 3. Febr. Die japanischen Truppen, die in Charbin eingerückt sind, haben dort sofort sämtliche Regierungsgebäude und die Poststation besetzt. Die Lage in der Stadt ist gespannt, doch ist es zu keinerlei ernstlichen Zusammenstößen gekommen.

## China nimmt die Vorschläge der Vereinigten Staaten an

Im Shanghai, 3. Febr. Der chinesische Außenminister teilte mit, daß die Regierung beschlossen habe, sämtliche Vorschläge der Vereinigten Staaten zur Beilegung des chinesisch-japanischen Konfliktes sofort anzunehmen. Der Vertreter der chinesischen Regierung in Washington wurde beauftragt, den Standpunkt Chinas gegenüber Japan darzulegen.

## Bayerische Bauern erklären die Zahlungsunfähigkeit — Bierstreik am 15. Februar?

Im München, 3. Febr. Nachdem erst vor einigen Tagen vier große Versammlungen schwäbischer Bauern bei Dultsee beschlossen hatten, ab 1. Februar nur noch die allerwichtigsten Zahlungen zu leisten, erklärten am

Dienstag auch in Rosenheim in einer Versammlung 800 oberbayerische Bauern die Zahlungsunfähigkeit. Nur solche Lasten sollen noch mit dem verfügbaren baren Gelde bezahlt werden, die zur Aufrechterhaltung des bäuerlichen Betriebes notwendig seien. Von der Reichs- und Landesregierung werde die Einlösung verlangt, daß sie freiwillig die Steuerfreiheit der Landwirtschaft verleihe. Es handele sich nicht um einen Steuerstreik, oder um böswillige Zurückhaltung des Geldes, sondern um eine Selbsthilfe der Bauern, die vor ihrem Ruin ständen und zu diesem letzten Mittel greifen müßten, um ihre Existenz zu erhalten. — Ab 15. Februar soll der Bierstreik proklamiert werden, wenn bis dahin keine stärkere Bierpreislenkung erfolgt.

## Private Besprechungen in Genf In Erwartung des Reichskanzlers

Im Genf, 3. Febr. Im Laufe des heutigen freitagsfreien Vormittags setzten die in Genf üblichen Besuche und privaten Besprechungen zwischen den Abordnungsführern ein. Zwischen dem italienischen Außenminister Grandi und dem deutschen Abordnungsführer Radolny fand eine längere Unterredung statt. Von italienischer Seite wird hervorgehoben, daß in der Abrüstungsfrage vollkommene Übereinstimmung zwischen dem deutschen und dem italienischen Standpunkt bestehe. Am Nachmittag wird eine Unterredung zwischen Außenkommissar Litwinow und Botschafter Radolny stattfinden.

Die Mitteilung, daß Ministerpräsident MacDonald infolge Krankheit verhindert ist, Anfang der nächsten Woche nach Genf zu kommen, wird lebhaft bedauert. Man hält es jedoch allgemein für selbstverständlich, daß der grundsätzliche Standpunkt der deutschen Regierung zur Abrüstungsfrage vom Reichskanzler Brüning als dem verantwortlichen deutschen Staatsmann persönlich abgegeben wird. Auch vom allgemeinen deutschen Standpunkt aus, erscheint es als selbstverständlich, daß bei der entscheidenden Bedeutung der Abrüstungsfrage der Reichskanzler den Standpunkt der deutschen Regierung selbst darlegt.

Die drei am Dienstag eingereichten Ausschüsse haben heute ihre Arbeiten aufgenommen. Die Festlegung der Geschäftsordnung der Abrüstungskonferenz stößt auf Schwierigkeiten, da in den grundsätzlichen Fragen der Einstimmigkeit aller Beiläufe sowie der Verhandlungssprachen zunächst noch große Gegensätze bestehen.

## Erdbeben auf Kuba



Die Insel Kuba, besonders der südöstliche Teil, ist von einer Erdbebenkatastrophe heimgesucht worden. Die Stadt Santiago de Kuba soll am schwersten betroffen sein. Ganze Stadtteile sollen zerstört sein.

## Schreckensnacht in Santiago de Cuba

Im Newyork, 3. Febr. Die Nachrichten über das Erdbeben in Santiago de Cuba lassen erkennen, daß die Bevölkerung eine wahre Schreckensnacht erlebte. Das Erdbeben dauerte 30 Sekunden. Ein großer Teil der Häuser wurde zerstört, die übrigen zum Teil schwer beschädigt. Aber die Zahl der Todesopfer liegen noch immer keine genauen Nachrichten vor. An verschiedenen Stellen brachen gleich nach dem Erdstoß Brände aus, die die allgemeine Verwirrung noch vergrößerten. Hilfsflugzeuge sind unterwegs. Die Polizei hat außerordentliche Maßnahmen getroffen, um Plünderungen zu verhindern.

## 200 Tote und etwa 2000 Verwundete

Im Newyork, 3. Febr. Nach den letzten Schätzungen sind in Santiago de Cuba 200 Personen getötet und etwa 2000 verwundet worden.

Nach ergänzenden Meldungen aus Havanna sind außer mehreren Kirchen, Regierungsge-

händen und dem Elektrizitätswerk in Santiago de Cuba auch ein Krankenhaus sowie ein Hotel zerstört worden. Hilfe ist sowohl mit der Eisenbahn wie auch mit Schiffen und Flugzeugen unterwegs. Die Nachbarstädte Holguin und Guantanamo haben gleichfalls erheblich gelitten, ebenso der Libertadaport.

### Zahlen der Not

Nach Feststellungen der Lehrerschaft in den Schulbezirken Aue und Schwarzenberg (Sachsen) ergab sich folgendes Bild großer Not:

Von 5486 Kindern haben 2319 kein eigenes Bett, 2256 Kinder schlafen zu zweit, 62 zu dritt und 4 zu viert im Bett.

In 166 Fällen schlafen 6 Personen in einem Raum, in 80 Fällen 7 Personen, in 32 Fällen

8 und in 22 Fällen sogar 9 Personen in einem Raum. In einzelnen Fällen müssen 13—14 Personen in einem Raum schlafen. Zahlreiche Personen haben überhaupt kein Bett. Sie schlafen in der Küche oder in anderen Räumen, die keine Mithilfe mit einem Schlafzimmer haben.

Von 5590 Vätern sind 1168 arbeitslos und 812 Kurzarbeiter. In drei Fällen hatte eine Familie von zwölf Köpfen ein wöchentliches Einkommen von 8 bis 9 RM.

Von 5700 Kindern haben 2055 nie oder nur selten Naturbutter gegessen, 1175 nie oder nur selten Obst.

Die Fälle häufen sich, in denen Schulverläufe auf das Fehlen von Schulwert zurückzuführen sind.

## Ein ungewöhnlicher thüringischer Staatsakt im Juli 1930. — Siller thüringischer Staatsangehöriger?

III Berlin, 3. Febr. Die thüringische Regierung hat der Reichsregierung am Mittwoch Material übergeben, das der Reichskanzler dem Reichsinnenminister zur staatsrechtlichen Prüfung zugeleitet hat und aus dem hervorgeht, daß nach Aussagen eines Oberregierungsrates und eines Ministerialrates gegenüber dem thüringischen Staatsminister Dr. Kästner der damalige Minister Dr. Frid etwa im Juli 1930 eine Anstellungsurkunde hat ausstellen lassen, wonach „dem Frontkämpfer des Weltkrieges, Adolf Siller, die damals freie Stelle des Gendarmeriekommissars in Hildburghausen übertragen wurde.“ Siller habe dabei auf Dienstantritt und Befolgung verzichtet. Der Oberregierungsrat und der Ministerialrat, die diese Angaben dienstlich gemacht haben, erklärten, daß sie sich durch ein ihnen von dem damaligen Minister ausgesetztes Schweigegebot bedrückt gefühlt hätten.

### Das Material über Sillers angebliche Einbürgerung

III Berlin, 3. Febr. Das von der thüringischen Staatsregierung der Reichsregierung übergebene Material besteht aus drei Niederschriften unter dem Datum vom 1. Februar. In der ersten Niederschrift teilt Ministerialrat Walther mit, wie die Angelegenheit ins Rollen gekommen ist, nämlich durch eine Anfrage einer Zeitung, die sich auf das von Stenness und von Kapitän Ehrhardt fortgeführte Montagsblatt bezog. Das Blatt hatte behauptet, Siller sei in einem deutschen Lande bereits eingebürgert worden. Die Urkunde darüber werde im „Braunen Haus“ geheim verwahrt. Walther teilte die Anfrage dem Ministerialrat A. mit, der darauf sagte, daß er und Oberregierungsrat B. etwas darüber wüßten, daß sie aber Minister Frid zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet habe. Die zweite Niederschrift betrifft die Aufforderung an die Genannten zur Aussage, da nach Ansicht des Ministers Kästner ein von einem früheren Minister ausgesprochenes Schweigegebot nicht auch gegenüber einem Amtsnachfolger dieses Ministers bestünde.

Die dritte Niederschrift enthält die Vernehmung des Oberregierungsrates B. und des Ministerialrates A. durch den Staatsminister Dr. Kästner. Die Aussagen sind nach der Niederschrift folgende:

Oberregierungsrat B.: Es hat mich schon stets bedrückt, daß ich von einem Vorgange Kenntnis hatte, den ich für politisch bedeutsam hielt, über den ich aber zur Dienstverschwiegenheit ausdrücklich verpflichtet worden war. Es ist wohl im Juli 1930 gewesen. Minister Dr. Frid ließ mich am Vormittag kommen, und Anstellungsurkunden mitbringen. Einen

Grund hierfür wußte ich nicht. Ich erhielt den Auftrag, nach seinem Diktat aufzuschreiben, und auf seine Anweisung wurde dem Dienstbogen „auf Anordnung“ vorangestellt, wobei Minister Dr. Frid noch erklärte, daß er von dem Inhalt des Diktats die alleinige und volle Verantwortung übernehme. Er verpflichtete mich gleichzeitig zu strengstem Schweigen. Das Diktat bezog sich darauf, daß dem „Frontkämpfer des Weltkrieges Adolf Siller“ die damals freie Stelle des Gendarmeriekommissars in Hildburghausen übertragen wurde. Ueber den Stellenantritt und die Dienstbezüge war Entscheidung vorbehalten geblieben. Das weitere Diktat bezog sich meiner Erinnerung nach darauf, daß Adolf Siller auf Dienstantritt und Befolgung verzichtete. Es wäre dies der Entwurf, eines Schreibens, das offenbar Ad. Siller zur Unterschrift vorgelegt werden sollte.

Ich habe die Entwürfe, soweit ich mich entsinnen kann, nicht mitgegeben. Ich habe pflichtgemäß meine Bedenken dadurch zum Ausdruck gebracht, daß ich sagte, das thüringische Staatsministerium müsse zur Mitzeichnung zugezogen werden und wohl auch gesagt, daß das Staatsministerium mit der Angelegenheit befaßt werden müßte. Minister Dr. Frid erklärte, daß er den — damals beurlaubten — Finanzminister vertreten und selbst verantwortlich zu bestimmen habe, wie er die Angelegenheit betriebe. Er verpflichtete mich hierauf nochmals ausdrücklich zur Schweigepflicht gegen jedermann. Ich habe mich an diese Verpflichtung bisher stets gebunden gehalten. Ich habe nur später von meinem Stellungsleiter, Ministerialrat A. erfahren, daß ihn Minister Dr. Frid in die Vorgänge eingeweiht habe.

Minister Dr. Frid verwahrte die Schreiben — Entwurf und Niederschrift — selbständig. Welche Verwendung sie fanden, weiß ich nicht. Der Minister hatte es auf Befragen abgelehnt, sie zu den Dienstaten zu geben, oder die Anstellung in den Bekanntmachungen, wie üblich, zu veröffentlichen.

Ministerialrat A. bestätigt im wesentlichen diese Angaben.

### „Ich bin staatenlos“ sagt Siller

III Leipzig, 3. Febr. Zu der Frage, ob Ad. Siller Staatsangehöriger eines deutschen Landes ist, oder nicht, kann auf folgendes hingewiesen werden: Im Verlauf des bekannten Scheringerprozesses, also etwa drei Monate nach der angeblichen Einbürgerung in Thüringen hat Adolf Siller als Zeuge unter Eid erklärt, er sei staatenlos. Auf die ausdrückliche Frage, unter dem Hinweis auf seinen Geburtsort, ob er nicht Desterreicher sei, hat er nochmals erklärt: „Nein, ich bin staatenlos.“

## Um die Zukunft der Selbstverwaltung

### Stärkere Beteiligung der Vertreter der Bevölkerung

Von Dr. Reinhold Heinen (Köln).

Wie steht es um die Zukunft der Selbstverwaltung? Ihr leuchtet zur Stunde gewiß nicht die lächelnde Sonne der heutigen Staatsmänner. Und es ist kein Zufall, wenn der ehemalige Reichsminister Dr. Schiffer in seinem neuen Buch „Sturm über Deutschland“ (Verlag Otto Viehmann, Berlin) das bittere Wort zitiert, „daß die ... Selbstverwaltung heute nicht mehr ein Ideal, sondern nur noch ein Jbod sei“ (Seite 161). Es ist allerdings auch kein Zufall, daß in diesem umfangreichen Buch eines ehemaligen Reichsministers der Abschnitt über die kommunale Gemeinschaft qualitativ und quantitativ zu den dünnsten Teilen gehört.

Wer aufmerksam in unser Volk hineinhört, wer sorglich auf die Anzeichen der Entwicklung achtet, baut heute fester als je auf die Zukunft des Selbstverwaltungsgedankens, rechnet bestimmt auf seine umfassendere Wiedereinschaltung in den politischen und staatlichen Aufbau unseres Volkes. Ein gut Teil der inneren Schwierigkeiten in unserem Volke, denen sich jede Reichsregierung gleich welcher Färbung und Kombination gegenübergestellt

sieht, liegt in dem Mangel an Verbundenheitsgefühl und Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Volks- und Staatsganges. Der tiefere Grund dafür wieder liegt darin, daß unser Volk nicht wie andere Völker eine jahrhundertlange politische und parlamentarische Tradition — man denke an England, an die Schweiz — aufzuweisen hat, die andere Völker jene politischen und sozialen Spannungen leichter überwinden ließ, die bei uns starke Fesseln eines staatspolitischen Aktivismus sind, eben wegen unserer Traditionslosigkeit.

Eine Lösung der volkspädagogischen Niefenaufgabe der Veranbildung des wahren Staatsbürgers mit Staatsbewußtsein, staatspolitischem Denken, Verantwortung und Einordnungsvermögen — nicht des durch Verfassungsartikel auf dem Papier der Gesetzblätter konstruierten — ist nur und ausschließlich möglich durch den Anschauungsunterricht, den die eigene lebendige Mitarbeit in einem kleineren, auch für den einzelnen noch zu überwindenden Gemeinwesen Tag um Tag gibt, ist aber auch nur möglich durch die Uebernahme von Verantwortungen in und für eine kleine Ge-

meinschaft und durch das Hinauswachen aus diesem kleinen, gemeindlichen Verantwortungsbereich in den großen staatlichen. Die Ausschaltung der halben Million zur ehrenamtlichen Mitarbeit und Mitverantwortung innerhalb der Selbstverwaltung berufenen Menschen — und es sind gewiß nicht die schlechtesten Teile der Bevölkerung — bedeutet die Vernichtung eines der wertvollsten Aktivposten in unserer staatspolitischen Bilanz. Die Niefenaufgabe, vor der unsere Reichsleitung steht, ist ohne die planmäßige Wiedereinschaltung dieser Repräsentanten der Bevölkerung, die zugleich aber auch die Verbindungsleute der breitesten Schichten zur Gesamtheit sind, nicht zu lösen. Mit diktatorischen Vollmachten und Maßnahmen kann ein Volk von dem Bildungsstande, von dem Freiheitswillen und dem Selbstbewußtsein des deutschen Volkes für eine kurze Zeit regiert werden. Aber nicht auf die Dauer, wenn nicht die bescheidenen Ansätze staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins vollends zugrunde gehen sollen.

Und darum glauben wir an die Zukunft der Selbstverwaltung im deutschen Volke, weil kein Staatsmann die wertvollen ausbaufähigen Kräfte ignorieren kann, die ihm hier für die Stärkung des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins zur Verfügung stehen. Ein Staatsführer, der die Mobilisierung dieser wertvollen Kraftreserven unterläßt, wird und muß an seiner Aufgabe scheitern.

Die Selbstverwaltung hat also gerade im Deutschen Reich eine große Aufgabe und auch eine große Zukunft vor sich, eben aus diesen staatspolitischen Notwendigkeiten heraus. Aber auch weil die Neugestaltung unserer staatlichen Verhältnisse, zumal die Reichsreform, eine starke Dezentralisation der Aufgaben erzwingt, was praktisch bei uns nur auf dem Wege über die Selbstverwaltung möglich ist. Man darf auch nicht übersehen, daß der Notstand, auf den in diesen Zeiten der Wirkungslosigkeit der Selbstverwaltung herabgedrückt ist, auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden kann, wenn nicht große geistliche, soziale und kulturelle Werte in unserem Volke vernichtet werden sollen. Auch das spricht wieder für die Zukunft der Selbstverwaltung.

## Nachrichten aus Westdeutschland.

### 105 Jahre alt.

III Köln: Die älteste Einwohnerin Kölns, die Witwe Josef Gaf, konnte am Mittwoch, den 3. Februar ihren 105. Geburtstag feiern. Trotz ihres hohen Alters ist Mutter Gaf verhältnismäßig noch sehr rüstig. Sie wohnt im Riehler Wohnstift und wird von 78-jähriger Tochter, der Frau Witwe Sonnes betreut. Frau Gaf, eine geborene Sophie Richard aus Unkel am Rhein nimmt noch an den Tagesereignissen regen Anteil. An ihrem Geburtstag wurden ihr von allen Seiten Glückwünsche übermittelt. Auch der Oberbürgermeister von Köln, Dr. Adenauer überbrachte ihr ein Glückwunschschreiben.

### Die Erziehung zur Duldsamkeit.

III Köln: München, ein kleines zartes Mädel, war bei einem Ehepaar als Hausangestellte tätig. Sie verlangte durch Klage am Arbeitsgericht Kündigungsentzählung. An Stelle des beklagten Dienstherrn war dessen Ehefrau, eine große, vollschlanke Dame erschienen. Schlichtern erzählte München: „Die gnädige Frau hat mich zweimal verhauen und als der Herr mir auch einen Schlag in den Rücken versetzte, bin ich aus Angst fortgelaufen.“ Vorsitzender zur Ehefrau: „Haben Sie die Klägerin geschlagen?“ „Das war nur halb so schlimm. Wir wollten sie zur Duldsamkeit erziehen.“ Vorsitzender: „Sie dürfen doch nicht Ihre Dienstherrn schlagen. Uebrigens scheint mir dies ein schlechtes Mittel der Erziehung zur Duldsamkeit zu sein. Durch Schläge werden Sie das Gegenteil erreichen. Zahlen Sie dem Mädchen 40 Mark, sonst müssen Sie verurteilt werden und haben auch noch die Gerichtskosten zu zahlen.“ Die gnädige Frau war einverstanden.

### Autounfall des Oberbürgermeisters Dr. Adenauer Dr. Silberberg verletzt.

Gestern nachmittag wurde das Dienstauto des Oberbürgermeisters Dr. Adenauer auf der Rückfahrt von der Sitzung des Provinzialparlamentes, als es die Rampe der neuen Brücke in Düsseldorf auf der Reiter Seite herunterfuhr, von einem anderen Wagen in der Planke angefahren. Bei dem sehr starken Zusammenstoß wurde der im Wagen des Oberbürgermeisters sitzende Dr. Silberberg am Kopf verletzt. Er erlitt eine stark blutende Fleischwunde. Der Oberbürgermeister und sein Chauffeur, der an diesem Unfall keine Schuld tragen soll, da er vorchriftsmäßig fuhr, blieben unverletzt. Dr. Silberberg wurde im Krankenhaus von Neuf verbunden und später in Begleitung des Oberbürgermeisters in seinem eigenen Wagen nach Köln zur Wohnung gebracht. Dr. Adenauer konnte nach Eintreffen in Köln sich wieder seinen Dienstgeschäften widmen und an dem Vortrag von Ministerialdirektor Geheimrat Brecht teilnehmen. Der Dienstwagen des Oberbürgermeisters ist stark beschädigt.

### Wieder Gewalttaten gegen Arbeitswillige.

III Solingen: Die Gewalttaten gegen Arbeitswillige in den wilden kommunistischen Streiks wol-

## Das Neueste in Kürze

— Reichspräsident von Hindenburg empfing gestern den Kronprinzen von Albanien.

— In den bisherigen Dispositionen über die für Samstag vorgesehene Abreise Brünings nach Genf ist vorläufig keine Änderung eingetreten, jedoch ist es möglich, daß die Reise um einige Tage verschoben wird.

— Der Reichsinnenminister hat den Länderregierungen telegraphisch mitgeteilt, daß mit der Ausschreibung der Landtagswahl in nächster Zeit zu rechnen sei und gebeten, mit tunlichster Beschleunigung alle Vorbereitungen zu treffen.

— Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigt sich weiter mit den Anträgen auf Revision der Fürstenabfindungen.

Aus dieser staatspolitischen Funktion der Selbstverwaltung als Einrichtung und aus der Einschaltung weiterer Volkskreise in diesem öffentlichen Aufgabenkreis ergibt sich aber auch zwingend, daß in der Selbstverwaltung der Zukunft die ehrenamtlichen Vertreter an Bedeutung nicht verlieren, sondern sogar noch gewinnen werden und müssen. Wenn man die Selbstverwaltung bejaht — nicht nur der Zweckmäßigkeit wegen, die in der dezentralisierten Erledigung öffentlicher Funktionen durch Selbstverwaltungskörper und -Organe liegt, sondern vor allem wegen ihrer gemeinschaftsbildenden Werte — dann muß man zwangsläufig zu einer Verstärkung des Einflusses und der Mitarbeitsmöglichkeit der Vertreter der Bürgerschaft gelangen. Die augenblickliche weitgehende Ausschaltung der Gemeindeparlamente, die sich Preußen geleistet hat, wird daher nur ein vorübergehender Zustand sein. Er wird die Ueberleitung bilden zu einer planvollen verstärkten Einschaltung der Gemeindeparlamente wegen ihrer engen Verbindung zum Staatsvolk hin, das hier eine unmittelbare Berührung mit den Aufgaben der Volksregierung hat, als es auf dem Wege über den Stimmzettel bei den parlamentarischen Wahlen möglich ist.

len kein Ende nehmen. In der Nacht zum Dienstag wurden die Wohnungen von zwei arbeitswilligen Arbeitern der Firma Neffe am Stöckerberg beschossen und mit Steinen beworfen. Verletzt wurde zum Glück niemand, doch wurden mehrere Fensterscheiben zertrümmert. Nach den am Tatort vorgefundenen Patronenhüllen scheint es sich um dieselben Täter zu handeln, die in der Nacht zum 16. Januar die Häuser der Firmeninhaber von P. D. Rahpe beschossen haben.

Die auf die Ergreifung der Täter ausgesetzte Belohnung ist von 500 auf 1000 Mark erhöht worden.

### Falsche Kriminalbeamte.

III Krefeld: Drei Gauner, die als Kriminalbeamte auftraten, spielten hier einem Landwirt einen bösen Streich. Sie behaupteten, der Polizei liege eine Anzeige vor, daß im Hause Walfer verheimlicht würden; dabei zeigten sie auch eine Karte, die angeblich als Ausweis diene. Einer der Gauner blieb bei dem Besitzer in der Stube, während die anderen das Haus durchsuchten. Später erklärten sie, es liege wohl eine Verleumdung vor, denn sie hätten keine Waffen gefunden. Als sie sich auf ihren Fahrrädern entfernten hatten, entdeckte der Landwirt erst, daß er in frecher Weise bestohlen worden war. Die Burschen hatten 40 Mark Bargeld und zwei Schinken mitgenommen.

### Wütende Hunde fallen über eine Schafherde her.

III Gladbeck: Zwei wütende Hunde fielen in der Kirchhellener Heide über eine mehrere 100 Köpfe zählende Schafherde her. Nicht weniger als 18 Schafe wurden von den wütenden Tieren gebissen und zwar so, daß sie teils auf der Stelle getötet wurden oder aber wegen der schweren Verletzungen notgeschlachtet werden mußten.

### In der Zelle erhängt.

III Hattingen: Ende Januar wurde hier ein nur mit einer Mütze, Mantel und Strümpfen bekleideter etwa 22—24 Jahre alter unbekannter Mann in verwahrlostem Zustand aufgegriffen. Da er keinerlei Ausweis papiere besaß und über seine Person jede Angabe verweigerte, wurde er in Schutzhaft genommen. In der Zelle hat er jetzt durch Erhängen Selbstmord verübt. Zur Ausführung der Tat hat er seine Wadenstrümpfe und sein Taschentuch benutzt, indem er beides zusammennotgeschlachtet werden mußten.

### Ein gräßliches Kraftwagen-Unglück. Vater, Mutter und Kind verbrannt.

Der bei der Chemischen Fabrik Vichenberg A. G. in Bonn angestellte Kraftwagenführer Knipp aus Holzlar bei Benel sollte gestern nachmittag eine Fuhre Benzol nach der oberen Siegfriedstraße. Er ließ seine Frau und seine beiden Kinder, ein Mädchen von sechs und einen Knaben von fünf Jahren, mitfahren. Auf der Landstraße zwischen Poppegarten und Bahnhof Dattenfeld streifte der Kraftwagen zwei Bäume. Wahrscheinlich verlor der Fahrer dadurch die Gewalt über seinen





## Das Zentrum eine vaterländische Partei

III.

Das letzte Urteil über das Zentrum der Vorkriegszeit aus gegenwärtigem Munde bringen wir in den Ausführungen des nationalliberalen Führers Dr. E. Waffermann in der Reichstagsitzung vom 8. Februar 1900:

„Wir haben im Laufe der letzten Jahre mehr als einmal Gelegenheit gehabt, mit dem Zentrum große nationale Aufgaben zu lösen; wir, die Nationalliberalen, erkennen auch gern die großen Verdienste an, die speziell unser sehr verehrter Herr Kollege Dr. Lieber (Zentrumsführer) beim letzten Flottengesetz sich erworben hat. Ich hoffe, daß es auch diesmal möglich sein wird, in der Frage der Flottenvermehrung mit dem Zentrum auf einem gemeinsamen Boden uns zusammenzufinden.“

Wir pflichten in allem der „Neuen Pfälzischen Landeszeitung“ bei, die in dankenswerter Weise die Sammlung der gegenwärtigen Urteile über das Zentrum vornahm, wenn sie sagt, daß angesichts dieser Sachlage eine staunenswerte Unternehmung, oder, besser gesagt, Unmöglichkeit dazu gehört, zu schreiben: „Staatsfeindlich war die Politik des Zentrums von Anfang an.“

Die Jahre der Nachkriegszeit sind noch recht frisch in der Erinnerung. Hier könnten wir eine Fülle von gegenwärtigen Beweisen für die jederzeit vaterländische Haltung des Zentrums anführen, wollen uns jedoch auf einige ganz besonders interessierende Feststellungen beschränken. Der protestantische Gelehrte und Politiker, Professor Dr. Hellpach, schreibt in seinem Buch: „Politische Prognose für Deutschland“ (S. 115):

„Was Bismarck in seiner Rede vom 18. Mai 1889 dem Zentrum attestierte (= bezeugte), daß es eine **staatsverhaltende** Partei sei, das hat es in den Monaten und Jahren 1918 als **unantastbaren** Besitzteil sich gesichert... Es sollte ein gut Stück politischer Zwischenpallidität und Entfremdung, die seit der Glaubensspaltung in Deutschland Verhängnis geworden war, damit für immer fortgewischt sein.“

Es wird aber auch gut sein, angesichts der letzten Denkschrift Adolfs Hitlers, in der die alte ungeheuerliche Behauptung wiederkehrt, die „innere und mit ihr die äußere Entwertung unseres Volkes, welche im November 1918 begonnen“ habe, sei ausschließlich die „Folge eines Systems, dem es gelungen sei, in 13 Jahren ein gesundes Unternehmen vollständig zahlungsunfähig zu machen.“

Die jungen unwissenden Menschen, welche auf Hitler schwören und hören, wissen ja heute gar nichts mehr von jener Zeit, haben auch nicht den Willen, Hitlers Behauptungen nachzuprüfen. Darum bringen wir zur Aufklärung aus der tausendfachen Fülle der Zeitdokumente ein kurzes Zitat aus der „Täglichen Rundschau“, vom 18. November 1918, also aus einem Organ, das in schärfstem Kampfe gegen die Sozialdemokratie stand:

„Der festeste gestiegte Staatsbau Europas brach zusammen wie ein Kartenhaus, an das die neue Gewalt nur mit dem Finger zu tippen brauchte, um es zum Zusammenbrechen zu bringen. Ein erschütternder Beweis, wie das Erbe Bismarcks und Wilhelms I. in den Zeiten des Friedens wie des Krieges vernachlässigt und geschädigt worden war, wie es unterminiert den Angriffen seiner Gegner bloß lag und wie der lange furchtbare Krieg nicht nur selbstverständliche Kriegsmüdigkeit, sondern auch Zerrüttung der staatlichen Gesinnung zeitigte hatte. Die Behörden waren teils aus Schwäche, teils aus Machtübermut in die Stimmung gekommen, daß man alles befehlen, alles von oben herab gebieten oder verhindern könne. Die Verpflegung der Soldaten, die Behandlung der altgedienten Feldgrauen durch meist junge Offiziere, Korruptionszustände in den Etappen, das Wesen der Kriegsgesellschaften, die mehr als man gelbste Lebensmittellorganisation, schürten tagtäglich die Unzufriedenheit und trieben die loyalsten Bürger ins Lager der Umstürzler.“

So nämlich allein sah das „gesunde Unternehmen“ aus, dessen angebliche Zerrüttung Ad. Hitler nunmehr dem Kanzler Brünning und seinen Mitarbeitern zur Last legen will.

Wir müssen auch die Erwiderungen der damaligen deutschen Regierung auf die Friedensbedingungen der Diktatoren von Versailles der Öffentlichkeit ins Gedächtnis zurückrufen:

„In mühevoller Ringen sucht das ausgedehnte erschöpfte deutsche Volk von seinem Lande die völlige Auslösung aller bestehenden Verhältnisse abzuwenden. Der Ausgang dieses mit der letzten Kraft geführten Kampfes wird fast ausschließlich durch die Gestaltung des Friedensvertrages bestimmt werden. Wenngleich dessen Bedingungen in jedem Falle überaus schwer sein werden, so würde bei nur einigermaßen zu ertragenden Verhältnissen das deutsche Volk sich wiederum an Arbeit und Ordnung gewöhnen und damit sich selbst ein menschenwürdiges Dasein, den beuteten Geanern aber die Leistung der aus-

bedungenen Verpflichtungen sichern. Glend und Verzweiflung aber werden nicht bloß diese in Frage stellen, sondern die Not und die aus ihr und aus dem sittlichen Niedergang der Kriegsjahre hervorgehende Verwilderung muß aus Deutschland ein Chaos machen. Auf die Dauer würde die wirtschaftliche Verelendung und moralische Zersetzung einer großen Nation den Körper der gesamten Kulturwelt mit giftigen Stoffen erfüllen.“

So sprachen die Vertreter des „Systems“ in Versailles. In dem gleichen Geiste leiteten sie den Wiederaufbau ein, und zwar unter Bedingungen, welche auch den Tapfersten entmutigten, den Stärksten niederdrückten mußten.

Das läßt Adolf Hitler vollkommen unberührt und mit ihm auch die Deutschnationalen, obwohl gerade diese in jenen Schicksalstagen der deutschen Nation laut und deutlich den vaterländischen Willen und das vaterländische Wollen denen bezeugten, die Schwerstes auf sich nahmen, zu unpopulärsten Maßnahmen sich entschließen mußten, weil es die Rettung des Reiches galt. Es gibt sogar Parteien, die in jener Zeit und in den Folgejahren für die gleiche Politik sich kraftvoll einsetzten, um heute allerdings in eine Front einzuschwenken, die wieder zu zerstören sucht, was mühsam aufgebaut wurde. Dazu gehört mit die Deutsche Volkspartei. Vielleicht erinnern sich aber die maßgebenden Führer dieser Partei daran und beherzigen es auch, was ihr Pressedienst, die „Nationalliberale Korrespondenz“, in Nr. 13 vom 21. Januar 1932 bei einer Würdigung einer Broschüre von Professor Dr. Grimm über die Reparationen abschließend schrieb: „London und Haag, Locarno und Genf waren lediglich Zwischenhaltungen und Vorbereitungen. Wir möchten hinzufügen, daß ohne diese Kongresse und Verträge, welche die Ketten, die um Deutschland gelegt wurden, Stück um Stück lockerten, auch die Voraussetzungen des jetzt beginnenden Endkampfes nicht geschaffen wären.“ Wäre es da nicht die Pflicht, dieser Partei, sich heute geschlossen hinter die Regierung zu stellen, welche den Endkampf führt?

Schluß folgt.

## Bierpreisbiktal ruiniert den Wirt

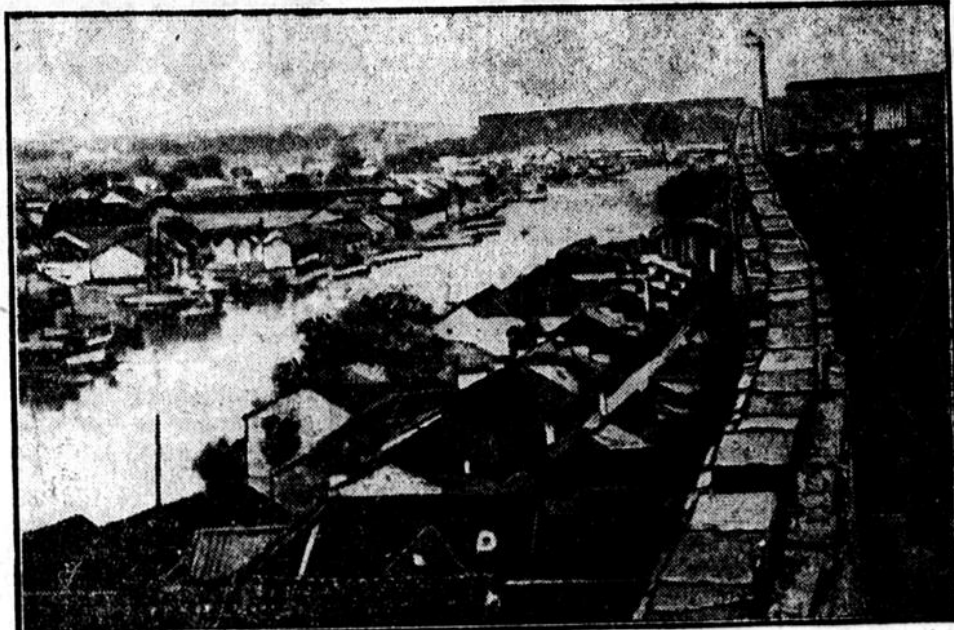
Eine Kundgebung der Kölner Wirtvereinnigung  
Sonderrückstellung der Bierpreise für Rheinland  
wird gefordert.

Köln, 3. Febr. Der großen Mitgliederversammlung der Kölner Wirtvereinnigung, die am Montag nachmittag im Handelsloshof am Waidmarkt tagte, war eine Vertreterversammlung vorausgegangen, in der die Innungsvertreter sich über die Lage im Gewerbe, vor allem über das Bierpreisbiktal und die Preisbiktalbesprechung besprachen. Es wurde eine Einspruchskundgebung beschlossen. Der großen Mitgliederversammlung wohnten als Gäste Direktor Schumacher und Syndikus Mehger von der Arbeitsgemeinschaft Kölner Gaststätten, sowie der Vorsitzende des Hotelierverbandes, zugleich zweiter Vorsitzender des Provinzial-Wirtverbandes Rheinland, Robert Schöpswinkel (Düsseldorf) bei. Ueber die augenblickliche Lage sprachen Vorsitzender Runge, Syndikus Mehger und viele Mitglieder der zahlreich besuchten Versammlung. Die Ansprache war recht lebhaft und gipfelte darin, daß angesichts der erhöhten Umsatzsteuer eine zwangsläufige Senkung der heutigen Auskantspreise in Köln und im gesamten Rheinland den Ruin des Gaststättengewerbes besiegeln muß.



Karneval in Nizza trotz alledem

Das lustige Nizza nimmt die Zeit nicht schwer und feiert auch dieses Jahr seinen Karneval. Während sonst der Karneval in Nizza das Fremdenpublikum der ganzen Welt anzog, so daß man in



Jetzt auch Nanking von den Japanern bombardiert

Nach der Beschießung von Schanghai haben die Japaner jetzt auch die chinesische Nationalhauptstadt Nanking am Yangtsekiang bombardiert. Die

chinesischen Truppen erwiderten das Feuer. Die Bevölkerung flüchtete aus der Stadt.

## Die Steuerrückstände

Um nicht weniger als rund 360 Millionen Mark ist das Gesamtaufkommen an Besitz- und Verkehrssteuern am 1. Oktober 1931 gegenüber dem Stande vom 1. Oktober 1930 zurückgegangen. Davon entfallen allein auf die Einkommensteuer etwa 200 Millionen Mark. Die Gesamtrückstände bei den Besitz- und Verkehrssteuern betragen am 1. Oktober 1930 598 Millionen, am 1. April 1931 635 Millionen und am 1. Oktober 1931 643 Millionen. Die gestuften Beträge sind am 1. Oktober 1931 gegenüber dem Stande vom 1. April 1931 um 25 Millionen Mark gestiegen. Aus diesen Ziffern, die das weitere Sinken des Aufkommens und das Anwachsen der Rückstände, insbesondere der gestuften charakterisieren, wird ganz besonders anschaulich die Zunahme der Wirtschaftsnöte ersichtlich.

Bei den einzelnen Steuern sind die Rückstände bei der Einkommensteuer gegenüber dem Stande vom 1. April 1931 um 15 Millionen, und gegenüber dem Stande vom 1. Oktober 1930 um 25 Millionen gefallen. Bei der Körperschaftsteuer sind die Rückstände gegenüber 1. April 1931 um 11,5 Millionen, gegenüber dem 1. Oktober 1930 um 35 Millionen gestiegen. Auch bei der Umsatzsteuer sind die Rückstände gegenüber dem Stande vom 1. April 1930 um 3 Millionen, und gegenüber dem 1. Oktober 1930 um 4 Millionen gestiegen. Die Zahl der Rückstände ist gegenüber 1. Oktober 1930 um 12 000 gefallen, gegenüber 1. April 1931 dagegen um 60 000 gestiegen. Bei der Vermögenssteuer sind die Rückstände am 1. Oktober 1931 um 6 Millionen höher als am 1. Oktober 1930, dagegen um dreieinhalb Millionen niedriger als am 1. April 1931.

Die größten Rückstände zeigt, verteilt auf die einzelnen Landesfinanzämter, Berlin hinsichtlich der Einkommensteuer von etwa 36 Millionen, dann Düsseldorf mit 11½, Leipzig mit der gleichen Ziffer, Münster und Dresden mit je 10 Millionen, Unterelbe mit 9, Breslau und Brandenburg mit je 8 Millionen, dieselbe Ziffer bezieht sich auf Nürnberg, dann folgen in weiterem Abstand Karlsruhe mit nahezu 7 Millionen, Würzburg und Oberpfalz mit je 2 Millionen. Einen verhältnismäßig hohen Rückstand hat auch Köln mit rund 12 Millionen, von denen 7½ Millionen gestundet sind.

An Gesamtrückständen der Steuern steht Berlin mit 150 Millionen wiederum an der Spitze, es folgt dann Düsseldorf mit 50 Millionen, Köln mit 40 Millionen, Münster mit 33 Millionen, Nürnberg mit 20 Millionen, in gleicher Höhe etwa Breslau, Dresden, Hannover, Karlsruhe. Die niedrigsten Rückstände hat Würzburg mit 7 Millionen, Unterelbe mit knapp 5 Millionen, Oldenburg mit 1,7 Millionen Mark.

Bei den Zöllen und Verbrauchsteuern sind am stärksten im Rückstand der Landesfinanzämterbezirk Unterelbe mit nahezu 19 Millionen, dem in weitem Abstand erst Berlin mit 12 Millionen, dann Karlsruhe mit 11,5 Millionen, Köln mit 8, Dresden mit 7, Würzburg mit 5, Darmstadt mit nahezu 4, Düsseldorf mit nahezu 3 Millionen folgen. Nürnberg hat nur 1,2 Millionen Rückstand, Stuttgart 1,8 Millionen und unter einer Million bewegen sich Breslau mit 950 000, Brandenburg mit 900 000, Thüringen mit 570 000, Oberpfalz mit 460 000 und Oldenburg mit 320 000 RM.

## Denkt an die Winterhilfe!

## Bergiß nicht Deine Unterschrift für Sindenburg abzugeben

Die Listen liegen täglich in unserer Geschäftsstelle auf.



Nizza mit dem Vergnügen auch ein gutes Geschäft machte, wird man dieses Jahr ganz unter sich sein, denn die Keilspitze der Engländer und Amerikaner ist aus bekannten Gründen stark gedämpft.

# Der Mittelstand

Wochenbeilage für Handwerk, Handel und Gewerbe.

## Handwerksnot und -Schicksal.

Die Vereinigten Innungsausschüsse des Regierungsbezirks Köln hatten zu einer großen Kundgebung in der Bürgergesellschaft Köln am 10. Januar ds. Jrs. eingeladen, um zu den Fragen der Handwerkswirtschaft Stellung zu nehmen. Die Bürgergesellschaft selbst war überfüllt, auch die in Frage kommenden Behörden waren zahlreich vertreten. Was schon an dieser Stelle vor vielen Monaten gesagt wurde, daß nämlich im Handwerk eine immer größere Radikalisierung eintreten werde, hat sich inzwischen erfüllt, und die Stimmung auf dieser großen Kundgebung war eine derartige, daß wir f. Jt. in dieser Beilage nicht zuziel behaupteten, wenn wir auf einen plötzlichen und in diesem Umfange ungeahnten Ausbruch dieser inneren Erregung des Handwerks hindeuteten. Wenn es trotzdem gelang, die Versammlung glücklich zu Ende zu führen, so ist dies vor allem Herrn Obermeister Gustav Besch, Vorsitzender des Verbandes Kölner Innungen, zu verdanken, der durch seine klaren und eindeutig gestellten Wünsche und Forderungen des Handwerks sich die Zustimmung der Versammlung verschafft hatte. Herr Besch ging in seinen Ausführungen, die es verdienen, wegen ihrer Stellungnahme zu den Wirtschaft-, Kultur- und sozialpolitischen Fragen des Handwerks festgehalten zu werden, von der Tatsache aus, daß man zwar in den letzten Monaten immer wieder betont habe, die amtliche Wirtschaftspolitik müsse mehr die kleineren und mittleren Betriebe unterstützen, daß es aber bei diesen Versprechungen bis heute geblieben sei. Tatsächlich seien aber Handwerk und Mittelstand zwischen den übermächtigen Großbetrieben und den breiten Arbeiterkreisen in einem Maße eingekengt, daß ihnen jede Wirtschafts- und staatsgestaltende Kraft genommen werde. Das Handwerk sei dadurch gleichsam aus dem Ringen zwischen den vorgenannten starken Gegensätzen ausgeschaltet. Die gesamte Gesetzgebung, vor allem sozial- und wirtschaftspolitischer Art, sei auf den Großbetrieb und in diesen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer abgestellt.

Nach diesen mehr grundsätzlichen Ausführungen ging Herr Besch auf die einzelnen wirtschaftlichen Tagesfragen ein und führte folgendes aus:

„Der Reallohn darf keine Senkung erfahren, wenn nicht der unmittelbare Konsum, von dem das Handwerk zu einem großen Teile abhängt, eine gewaltige Erschütterung erleiden soll. Die Erhaltung der Kaufkraft ist eine vornehmliche Forderung für die Ankurbelung der Wirtschaft.“

Ein Fortschritt gegenüber den bisherigen Verordnungen ist zweifellos in der gleichzeitigen Senkung der Löhne und Warenpreise festzustellen. Ungenügend dünkt uns jedoch die allzu zahme Forderung der Preisbindungen. Die allgemeine 10prozentige Senkung der gebundenen Preise ist ein reichlich schematischer und damit bedenklich unzulänglicher Eingriff in die Kartell- und Monopolwirtschaft.

Schon seit Jahren versucht die Regierung immer wieder eine Forderung oder Kontrolle auf diesem Gebiet einzuführen. Aber alle Pläne blieben im Anfangsstadium der Bemühungen stecken. Man kann nicht mehr an den Ernst dieser Versuche glauben. Hier hätte der Staat seine Macht zeigen sollen.

Ungeheuerlich ist die Macht der Konzerne. In Deutschland sind nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes von der gesamten Produktion in Konzernen vereinigt:

|                       |            |
|-----------------------|------------|
| Bergbau               | 97,5 Proz. |
| Farbindustrie         | 96,3 „     |
| Braunkohlenindustrie  | 94,5 „     |
| Steinkohlenindustrie  | 90,1 „     |
| Elektrische Industrie | 86,9 „     |
| Großisenindustrie     | 85,0 „     |

Dazu kommt noch die Zusammenballung in riesigen Einzelunternehmungen mit teilweise monopolistischer Tendenz. Es ist bekannt, daß bei Markenwaren die Erzeugungskosten oft in keinem Verhältnis zu dem Verkaufspreis stehen. Wenn jetzt in der neuesten Notverordnung eine Senkung dieser Waren um 10 Proz. gefordert wird, so bedeutet dies herzlich wenig, insbesondere deshalb, weil die meisten anderen Waren gerade in der letzten Zeit wieder eine fühlbare Ab-

wärtsbewegung durchgemacht haben. Der Staat schließt aber durch seine Rechtsordnung das Kartell und breitet den fälschlichen Mantel der sozialen Gesetzgebung über den Arbeitnehmer aus. Was tut er für das Handwerk?

Die einseitige Bevorzugung der kapitalistischen u. gewerkschaftlichen Mächte hat den Lebensraum der gewerblichen Mittelschicht trotz aller Versprechungen der Regierung immer mehr eingeengt. Auf der einen Seite hat der Handwerker beim Materialeinkauf den Marktpreis zu zahlen, und bei der Arbeitsleistung bestimmt der Tariflohn mit den sonstigen Bindungen den zwangsläufigen Gestehungspreis. Und der Gewinn wird ein Opfer der geradezu sinnlosen Unterbietungen. Wo bleibt da die freie Kalkulation?

Der Handwerker ist durch diese Dinge als Subjekt aus der Wirtschaft immer mehr ausgeschaltet und fast nur noch zu ihrem Objekt geworden, sie haben ihn als freischaffende und wirkende Persönlichkeit — und eine solche soll und muß der Handwerker sein, wenn er sich nicht selbst aufgeben will — aus der Wirtschaft hinausgeworfen. Oben und unten hat der Staat weitgehende Freiheit und Gerechtigkeit eingeräumt, dem Handwerker hat man sie genommen; der Staat hat ihn zum Prellbock des Druckes von oben und unten gemacht.

Das stolze Gebäude der Kartell- und Monopolwirtschaft muß weichen und bedarf einer scharfen Revision, wenn die Wirtschaft zu gesunder Preisbildung zurückkehren will und die Persönlichkeit des Unternehmers wieder der Mittelpunkt der wirtschaftlichen Schaffenskraft werden soll. Hier sind dem Preiskommisсар große und erfolgreiche sprechende Aufgaben gestellt, da kann er seinen Mut, seine Kraft und seine wirtschaftliche Klugheit beweisen.

Grotesk und in höchstem Maße irreführend wirkt dagegen die Bestimmung in der vorletzten Notverordnung, daß das Ordnungsgesetzrecht der Innungen beseitigt und beschränkt werden müsse, um damit die „Einhaltung von Innungspreisen“ unmöglich zu machen! Fast könnte man glauben, als ob die Organisationen des Handwerks tatsächlich kartellähnliche Gebilde seien, die den Mitglieðern bestimmte Preise verschreiben. In Wirklichkeit dürfen z. B. die Zwangsinnungen als der weitaus größte Teil der Organisationen überhaupt keine Preise festlegen, während die Freien Innungen zum Teil sogenannte Kalkulations- oder Richtpreise aufstellen, an denen sich niemand zu halten braucht, und die tatsächlich häufig und weitgehend genug unterboten werden, obwohl sie in der Regel das Mini-

mit einer kaufmännischen Kalkulation darstellen.

Welche Ausmaße hat nun das Ordnungsgesetzrecht angenommen? Von den wenigen Fällen der Anwendung dieses Strafrechts in Deutschland die man ziffernmäßig an den 5 Fingern abzählen kann, wendet sich keiner auf die Einhaltung bestimmter Preise sondern ausschließlich auf Fragen des unlauteren Wettbewerbs und der reinen Organisationsaufgaben. Man hat aber erreicht, daß der Blick der Öffentlichkeit sich von den Kartellen, den eigentlichen Vertretern der Produktion abgewandt hat und das Handwerk als der preistreibende Faktor der deutschen Wirtschaft dasteht.

Empörend ist eine derartige Taktik, die die wahren Ursachen der übermäßigen Preisverteuerung verschleiert und deshalb unseren allerschärfsten Widerstand finden muß. Umso eindringlicher klingt unser Ruf: Revision der Kartellpolitik, zurück zur gesunden Preisbildung.

Weshalb sonderbar mutet die Verordnung über die Preisschilder an. Ausgerechnet die Friseur-, Bäcker- und Metzger müssen ihre Preise durch Ankündigung im Schaufenster bekanntgeben. Was sind das doch für merkwürdige Zeiten! Beim Haarschneiden und Rasieren beginnen wir die Sanierung der Wirtschaft. Herr Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold, ehemals Direktor der I. G. Farbenindustrie und Herr Reichskommissar Dr. Gerdeler, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, was haben Sie sich eigentlich bei diesen Bestimmungen gedacht? Haben Sie bei ihrem Freitriebe seit Jahren üblichen Preisschilder noch nicht gesehen? Und wie ist es bei den Bäckern und Metzgern? Kennt nicht jeder Schulkunde die Preise für Brot- u. Fleischwaren. Gerade bei diesen Waren liegen die Preise auf einem anerkannten Tiefstande.

Aber wiederum sind 3 Handwerkszweige in den Ruf einer anrüchigen Preistreiberie gekommen. Es ist fast unglücklich, welchen Gedankengängen die Reichsregierung auf diesem Gebiete nachgeht. Viel wichtiger erscheint mir, wenn die Banken einmal ihre Diskontsätze mit allen Nebengebühren wie Bereitstellungsprovision, Ueberziehungsdiskont usw. deutlich in ihren Fenstern bekanntgeben müßten. Auch eine Veröffentlichung der Kalkulation der Konzerne dürfte nicht schaden. Man sollte doch wirklich an den richtigen Enden zupacken, um die illusionistische Preisentwicklung seit 1924 auf ein gesundes Niveau zurückzuführen.

Das sind nicht zuletzt die öffentlichen Gebühren und die Preise der kommunalen Betriebe. Kaum ein Wirtschaftszweig kennt derartige Erhöhungen gegenüber der Vorkriegszeit wie wir es bei Gas und Wasser, Straßenbahnen, Bange-

## Wieder Verzugszuschläge!

Frühzeitig Stundungsanträge stellen.

Ab 1. Februar 1932 werden von den Steuerbehörden Verzugszuschläge in Höhe von 1½ Proz. für jeden angefangenen halben Monat bzw. 3 Proz. für den ganzen Monat erhoben. Es empfiehlt sich daher, rechtzeitig Stundungsanträge zu stellen.

nehmungen und wie die Dinge alle heißen, gewohnt sind. Das Auge des Preiskommis-sars kann sich hier an eine intensive Nachprüfung begeben, um eine Ausgleichung an die sonstigen Preise zu finden. Ein Anfang wird ja gemacht, aber das darf noch lange nicht das Ende bedeuten. Wir werden wachsam sein... (Fortf. folgt.)

## Innungen und Innungsausschüsse in Preußen.

Der Preussische Handelsminister veröffentlichte soeben eine interessante Uebersicht über die Entwicklung der Innungen und Innungsausschüsse in den Jahren 1902 bis 1931. Hiernach bestanden in diesem Zeitraum in Preußen folgende Freie Innungen, Zwangs-Innungen und Innungsausschüsse:

|               | Freie Innungen | Zwangs-Innungen | Innungsausschüsse |
|---------------|----------------|-----------------|-------------------|
| Juli 1902     | 5582           | 2181            | 140               |
| 1. Sept. 1907 | 5857           | 2537            | 233               |
| 1. Sept. 1911 | 5803           | 3005            | 310               |
| 1. Sept. 1919 | 5145           | 3951            | 304               |
| 1. Sept. 1921 | 4598           | 4884            | 318               |
| 1. Sept. 1925 | 3802           | 6551            | 397               |
| 1. Sept. 1927 | 3561           | 6911            | 411               |
| 1. Sept. 1929 | 3416           | 7213            | 460               |
| 1. Sept. 1931 | 3323           | 7377            | 477               |

Zunächst ist festzustellen, daß die Zahl der Innungen insgesamt seit 1902 von 7763 auf 10 700 am 1. September 1931 gestiegen ist, also um 2937 zugenommen hat. In dieser außerordentlichen Zunahme der Innungen zeigt sich, daß der Organisationsgedanke im Handwerk lebendig ist. Während allerdings in der Vorkriegszeit das Schwerkriegsmaß bei den Freien Innungen lag, hat nach dem Kriege und insbesondere nach den Inflationsjahren die Zahl der Zwangsinnungen so stark zugenommen, und die der Freien Innungen so stark abgenommen, daß heute in Preußen über doppelt so viel Zwangsinnungen wie Freie Innungen vorhanden sind. Bezeichnend für das Solidaritätsgefühl innerhalb des Handwerks ist die ebenfalls erhebliche Zunahme der Innungsausschüsse.

## 540 Gemeinden haben 7 703 000 Rmh

Ueberschüsse aus ihren Schlachthöfen gezogen

Das Statistische Reichsamt veröffentlichte in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ eine Abhandlung über die finanzwirtschaftliche Bedeutung des kommunalen Erwerbsvermögens in den Rechnungsjahren 1929/30 bis 1931/32. Das kommunale Erwerbsvermögen stellt für die Gemeinden und Gemeindeverbände eine nicht unbeachtliche Einnahmequelle dar, da z. B. in den Jahren 1921/30 den Gemeinden aus diesem Erwerbsvermögen Ueberschüsse in Höhe von 636,7 Mill. Rmh. zugeflossen sind. Bekanntlich benötigen auch viele Gemeinden ihre Schlacht- und Viehhöfe als werbende Betriebe und erzielen aus ihnen nicht unerhebliche Ueberschüsse.

Es wurden z. B. 540 Gemeinden ermittelt, die einen Ueberschuß von insgesamt 7 703 000 Rmh. aus ihren Schlacht- und Viehhöfen erzielten,

dagegen nur 310 Gemeinden, die Zuschüsse in Höhe von 1 854 000 Rmh. geleistet haben. Bringt man die Zuschüsse und Ueberschüsse in Uebersicht, so ergeben sich folgende Reinüberschüsse:

|         |              |
|---------|--------------|
| 1928/29 | 6 408 000 R. |
| 1929/30 | 5 850 000 R. |

Veränderung 1929/30 gegen

1928/29 = 558 000 R.  
Zunächst zeigt sich, daß die Ueberschüsse, die die Gemeinden aus ihren Schlacht- und Viehhöfen erzielen, doch recht erheblich sind. Allerdings ist der reine Ueberschuß 1929/30 gegenüber 1928/29 zurückgegangen. Das Fleischergewerbe vertritt den Standpunkt, daß Ueberschüsse aus den Schlacht- und Viehhöfen überhaupt nicht erzielt werden sollten.

## Abbau und Beendigung der Wohnungszwangswirtschaft.

Durch die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 ist bereits die völlige Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft reichsgesetzlich festgelegt worden, und zwar sollten nach den damals erlassenen Vorschriften das Wohnungsmangelgesetz am 1. April 1934, das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz am 1. April 1936 außer Kraft treten, falls bis zu diesem Zeitpunkt ein Gesetz in Kraft tritt, wodurch die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Miete unter sozialen Gesichtspunkten ausgeschaltet werden. Der Hausbesitz hat sich seitdem gegen diese unangenehme und mit der wirklichen Lage im Wohnungswesen nicht in Einklang stehenden Fristen nachdrücklich gewandt und jetzt den grundlegenden Erfolg errungen, daß die Endtermine für alle drei Ausnahme Gesetze auf den 1. April 1933 durch die neue Notverordnung vorverlegt worden sind. Binnen 1½ Jahren werden also die Reste einer wirtschaftsfeindlichen Ausnahme Gesetzgebung verschwunden sein, und damit ein über ein Jahrzehnt lang geführter Kampf für Recht und Wirtschaftsfreiheit sein erfolgreiches Ende gefunden haben.

Darüber hinaus hat sich die Reichsregierung noch zu Sofort-Maßnahmen zum Abbau der Wohnungszwangswirtschaft entschlossen, die teils am 1. Januar, 1932 und teils am 1. April 1932 in Kraft treten. Neu und von grundsätzlicher Bedeutung ist hierbei, daß es sich nunmehr um

Loderungsmaßnahmen des Reiches handelt, während in den vorangegangenen Jahren die Reichsregierung stets erklärt hat, daß die Loderungsmaßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungszwangswirtschaft Sache der Länder seien.

Ab 1. April 1932 treten u. a. die folgenden Befreiungen ein: Reichsmieten und Mieterschutzgesetz gelten nicht mehr für Mietverhältnisse über Wohnungen mit einer Jahresmietsumme von 1 600 Rmh. und mehr in Berlin, 1 400 Rmh. und mehr in den Orten der Sonderklasse, 1 200 Rmh. und mehr in den Orten der Ortsklasse A usw., bis zu 450 Rmh. und mehr in den Orten der Ortsklasse D. Sie gelten auch grundsätzlich nicht mehr für Geschäftsräume.

Die Vorschriften des Reichsmietengesetzes und des 1. Abschnittes des Mieterschutzgesetzes gelten nicht mehr für Neubauten, auch durch Um- und Einbauten neuerschaffene Räume einschließlich der öffentlichen Zuschuldbauten, für sämtliche Räume bei Teilung einer Wohnung oder bei Ausbau von Gewerberäumen, für Untermietverhältnisse und ähnliche Rechtsverhältnisse. Auch die Erlaubnis des Vermieters zur Weiterüberlassung der Mieträume kann nicht durch das Mieteinigungsamt ersetzt werden.

Ab 1. Januar 1932 entscheiden die Amtsgerichte und Mieteinigungsämter ohne Beifügung; finden Schiedsverfahren vor dem Mieteinigungsamt nach § 52 a Mieterschutzgesetz nicht mehr statt.

...träge stellen.  
...den von de  
...gefangenen hal  
...für den ganzen  
...sicht sich daher  
...ge zu stellen.

...inge alle heißen,  
...Preisstommis  
...intensive Nach  
...Ausgleichung an  
...en. Ein Anfang  
...darf noch lange  
...ir werden wach  
...ort. folgt.)

...gsauswille

...n des m int.  
...eine interessante  
...ung der Zinnun  
...in den Jahren  
...anden in diesem  
...ende Freie Zn  
...und Zinnungs

...Jahres  
...Zinnun  
...auswille

2181 140  
2537 233  
3005 310  
3951 304  
4884 318  
6551 397  
6911 411  
7213 460  
7377 477

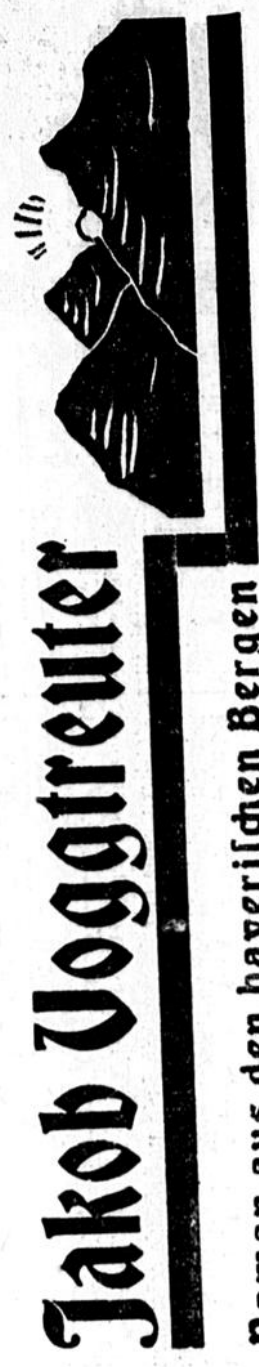
...daß die Zahl  
...seit 1902 von  
...tember 1931 ge  
...genommen hat.  
...Zunahme der  
...der Organisa  
...lebendig ist.  
...Vorfriesszeit  
...den Freien Zn  
...Kriege und Zn  
...ionsjahren die  
...so stark zuge  
...Zinnungen so  
...te in Preußen  
...sinnungen wie  
...sind. Bezeich  
...fühlt innerhalb  
...falls erhebliche  
...schüsse.

703.000 Rmh  
...thöfen gezogen  
...nt veröffentlicht  
...Wirtschaft und  
...über die finanz  
...es kommunalen  
...Rechnungsstah  
...s kommunale  
...die Gemeinden  
...nicht unbeacht  
...3. B. in den  
...den aus diesem  
...sse in Höhe von  
...sind. Bekannt  
...emeinden ihre  
...werbende Be  
...nen nicht uner

Gemeinden er  
...schuß von insge  
...ihren Schlacht

6 408 000 A  
5 850 000 A

= 558 000 A  
...berüberschüsse, die  
...Schlacht- und  
...recht erheblich  
...ine Ueberschüß  
...zurückgegangen.  
...itt den Stand  
...den Schlacht  
...icht erzielt wer



**von Hans Ernst**  
Urheberrecht: Herold-Verlag, Hamburg (Sant)

**Jakob Voggenreiter**  
Roman aus den bayerischen Bergen

Seit sie wußte, daß er damals im Zwang handeln mußte, trug sie ihr Leid um ihn in doppeltem Versehen. Weil in ihrem Herzen ihre Liebe fortlebte, hatte sie Angst. Angst? Vor wem und weshalb? Vor den Freiern, die ihr nachstellten?

Von diesen Freiern, meist große Bauernknechte, tat sich am meisten der Himmelsreiter hervor, der einmal auf dem Sonnenhof eingedrungen war und seitdem fast alle Wege kam. Er hatte es ihr auch zu verstehen gegeben, daß er sie gern zur Händlerin machen wollte. Aber sie war seinen Fragen immer ausweichend, hatte ihm aber das letzte Mal gesagt, sie wolle es sich überlegen und ihm Antwort geben. Es war ihr auch nicht unbekannt, daß er gerne trank.

Und sie hatte es sich überlegt. Sie wollte ihm nicht verweigern, daß sie eine Liebe im Herzen trage, die durch nichts und von niemandem zu verdrängen sei, weil sie zu tief in ihrem Innern verankert war. Sie werde dieser Liebe treu bleiben bis zum Tode.

Ob er sie dann trotzdem noch zum Weib begehrte? Wohl kaum. Und wenn er es trotzdem tat? Nun, ihr konnte es dann recht sein. Das Leben war für sie doch inhaltleer, ob so oder so.

Jetzt schritt sie auf den Hof zu. Sie blieb stehen und lauschte auf die Stimmen, die aus dem offenen Stubenfenster flangen. Deutlich konnte man von der Stimme des Bauern die des Himmelsreiters unterscheiden. Am liebsten hatte sie jetzt gemacht und wäre zurück in den Wald gegangen. Aber die seltsamen Gewitterwolken, die schwer und grau hinter dem es schon zu spät gewesen, denn der Himmelsreiter hatte sie schon gesehen und trat sofort unter die Türe.

„Gut dich Gott, Julia.“  
„Auch juchhe“, kammelte sie erwidert. Sie schlug die Augen nieder, als sie den fragenden Blick wahrte.  
„Bist schon lang da?“ fragte sie dann, um wenigstens etwas zu sagen. Ein Zeichen, daß sie über das nicht gerade schon zu neugierde Gesicht des Mannes.  
„Hast dir's denn, daß ich komm'?“  
„Und is dir's recht, daß ich da bin?“  
„Mir is jeder Ort auf'm Sonnenhof recht.“  
„Na, na! Ich moan net so. Ich moan anders — ob dir's lieb is, daß ich da bin?“  
„Bist mir net 'nieder.“ Immer unsicherer wurden Julas Antworten. Sie fühlte, daß die entscheidende Frage fallen mußte.

**Wer lacht mit?**  
kleines Mißverständnis.

In der Bahn ist eine Dame unter mehreren pfeifend menden Herren. Plötzlich sagt sie entrüstet:  
„Sie, ich kann das Rauchen nicht vertragen.“  
„Das is schon von Ihne, Freilein“, erwidert der Bauer.  
„Ich kann auch mit leide, wenn die Weiber rauche.“

**Das Erschlingedrama ein r**  
Verkaufserin

Londons Theaterkritik: „Der Verdrückte“. — Die Autorin macht ein Vermögen.

Dodie Smith hat die besten Auswüchse mit ihrem Erschlingedrama, das unter dem Titel „Der Verdrückte“ zur Zeit in Londoner Theatern den Spielplan beherrscht. Die Autorin, wie bisher, ihren Dienst als Verkäuferin in einem Londoner Warenhaus. Sie schrieb das Stück auf einem Sommerausflug nach Sizilien und brachte das fertige Manuskript nach London zurück, wo es Direktor Dean vom Lyric-Theater sofort zur Aufführung annahm. Seine Hoffnungen auf einen großen Kassenerfolg hatten ihn nicht betrogen, denn bisher haben 400.000 Personen das Theater besucht und das Stück gesehen. Die Kassenerlöse betragen mit 100.000 Pfund Sterling eher zu niedrig als zu hoch geschätzt werden. Aber damit ist die Rechnung noch nicht abgeschlossen. Die Rechte der Verfilmung bereits den Amerika verkauft worden, so dürfte das Stück der glücklichen Verfallerin bisher Tantiemen von 20.000 bis 25.000 Pfund Sterling einbringen. Aber damit ist die Rechnung noch nicht abgeschlossen. Wenn das Stück in London abgesetzt ist, will die Gruppe eine Gastspielreise antreten. Das Stück steht ferner auf dem Spielplan der amerikanischen Bühnen, wird mit großem Erfolg auch in Afrika gegeben, und soll demnächst auch in Australien herauskommen. Außerdem sind die Aufführungsrechte bereits für Kanada, Mexiko und Mittelamerika vergeben, und es schweben gegenwärtig Verhandlungen auch mit Deutschland und Frankreich. Direktor Dean hat sich denn auch bereits von Miss Smith, deren Theatername C. E. Anthony ist, die Option auf zwei weitere Stücke gesichert, von denen eines bereits in Arbeit ist. Bei dieser Gelegenheit hat er ein paar andere englische Kassenerlöse erbracht. In jüngster Zeit ungewöhnlich hohe Kassenerlöse erbrachten die Kassenerlöse von Comedies „Witter Sweet“ in London allein 385.000 Pfund, Rudolf Beslers „The Barretts of London Street“ erbrachte bis Ende Dezember in den Verfalls von 200.000 Pfund, und A. I. Sherriff wurden für jedes Wort seines „Journes End“ 3 Pfund Sterling bezahlt. Das sind Bittern, die die Herzen der Bühnenwirtschaftler und der aufstrebenden Theaterdirektoren des Kontinents mit bläulichem Neid erfüllen müssen.

**Rätsel-Ecke**  
Kreuzworträtsel.

|    |    |    |    |    |
|----|----|----|----|----|
| 1  | 11 | 12 | 13 | 14 |
| 2  | 15 | 16 | 17 | 18 |
| 3  | 19 | 20 | 21 | 22 |
| 4  | 23 | 24 | 25 | 26 |
| 5  | 27 | 28 | 29 | 30 |
| 6  | 31 | 32 | 33 | 34 |
| 7  | 35 | 36 | 37 | 38 |
| 8  | 39 | 40 | 41 | 42 |
| 9  | 43 | 44 | 45 | 46 |
| 10 | 47 | 48 | 49 | 50 |

**Das Skelett einer Hafenstadt**  
Verfallsplattisten, die noch auf den Verfall warten.

Von Port Sudan aus sieht man in den anglo-ägyptischen Straßen hinein, wie man durch das Schiffsloch einer Tür ein großes Zimmer überfliegt. Port Sudan ist sozialag die maritime Lage der anglo-ägyptischen Zone des Roten Meeres. Seine Bedeutung kann nicht überschätzt werden; als Stadt existiert es vorerst freilich noch nicht. Vorhanden ist nur der Hafen, der bisher umso unpopulärer Ausmaße aufweist. Es ist der Hafen einer großen Seefahrt, der mit den modernsten Einrichtungen ausgestattet ist, mit gewaltigen elektrisch betriebenen Kranen, Kilometerlangen Kais, ebenso langen Bahngleisen, riesigen Magazinen, Petroleumlagern und Bureaus. Vor dreißig Jahren existierte dort nicht einmal die Spur von einer Hütte. Es war die grenzenlose gelbe Wüste, mit einem schmalen Strich von Gebirgszügen, die in der Ferne verdimmen. Mit einem Wort, es war die Dede und Bergweisung. Die Engländer brauchen einen großen Hafen als Zugang zu den Gebieten des Innern, die mehr als 2½ Millionen Quadratkilometer umfassen.

**Auflösung des Rätsel-Eckes:**  
Man stelle das Bild auf die linke Seite. Quisich den ersten und zweiten Akt des großen Baumes ist die Figur eines Mannes deutlich sichtbar.

**Wagerech:** 1. Gefäß, 2. Teil eines Tisches, 3. Stadt in Brandenburg, 4. bismarckische Pfanne, 5. Stadt, 6. Pfanne, 7. Ort in Holland, 8. Fuß in Schleswig-Holstein, 9. Pfanne, 10. Wasserrogel. Senkrech: 11. Fuß in Brandenburg, 12. Stiefelkühler, 13. Pfanne, 14. Stadt an der Elbe, 15. Radiogerät, 16. einseitiger Helm, 17. Brotbackofen, 18. Garten Gottes, 19. weiblicher Name, 20. Metall, 21. Gewächs.

vo  
D  
u  
te  
D  
S  
E

„Ja, auch dann glaub' ich's!“  
 „Und du verpflicht' mir, daß b' mich nia fragst, wer der  
 andere is und daß du das Trinken lassen wilst!“

„Das auch noch!“  
(Fortsetzung folgt).

Der 60 Jahre alte, grauhaarige, in adelicheu der ausgetragene, in einem hohen, schwarzem, mit eigenen, schwarzen, auf dem, gezeichneten, stand, auch der, schwarze, „An der, schwarzen, blauen, Donau“, der, kurz vor, Mitternacht, der, schwarze, erschienen, war. Unter, den, schwarzen, befand, sich, ein, junger, Mann, auf, den, das, schwarze, das, bestimmten, schwarze, zu, tiefen, Entschlossenheit, mochte, daß, er, auf, der, Stelle, befand, sich, sofort, in, der, Welt, der, Nacht, und, im, Kreise, von, schwarzen, zu, leben. Der, junge, Mann, von, damals, ist, heute, ein, Mann, von, 80, Jahren, und, mit, weißem, Haar. Er, heißt, Hugo, Schwarz, und, als, er, in, diesen, Tagen, wieder, einmal, die, „Blau, Donau“, hörte, trat, die, Erinnerung, an, die, Erscheinung, in, Mitternacht, in, plötzlicher, Unklarheit, vor, sein, geistiges, Auge. „Ich, weiß, daß, ich, in, London, war“, erklärte, der, alte, Herr, dem, schwarzen, er, er, hatte, ein, schwarzes, Blatt. „Die, Nacht, ist, die, Nacht, der, Erscheinung, eines, schwarzen, Mannes. Die, schwarze, des, schwarzen, war, im, schwarzen, heute, viel, öfter, als, die, welche, nur, vor, 60, Jahren, hörten. Der, schwarze, hatte, damals, in, seinem, schwarzen, öfter, eine, Anzahl, junger, schwarzen, deren, schwarze,